

## Stadtamt Pinkafeld

# EINLADUNG

zu der am Donnerstag, dem **6. Februar 2020, um 18.30 Uhr** im Rathaussaal der Stadtgemeinde Pinkafeld stattfindenden 1. Sitzung des Gemeinderates

### TAGESORDNUNG

1. Personalangelegenheiten:
  - a. Nachträge zu Dienstverträgen, Anpassung des Stundenausmaßes
    - aa. Mittelschule, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ab. Kinderkrippe, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ac. Kindergarten, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ad. Allwetterbad, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ae. Volksschule, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - af. Volksschule, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
2. Wechsellandchronik, Bewilligung zur Führung des Gemeindewappens
3. [REDACTED] Turbagasse 26, Beschwerde vom 3. November 2019 gegen den Bescheid des Bürgermeisters über die Wasserbezugs- und Kanalbenützungsgebühr vom 2. Oktober 2019

---

4. [REDACTED], Bericht
5. [REDACTED], Bericht
6. [REDACTED], Protokoll über die Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 2019
7. [REDACTED], Protokoll über die Sitzung des gemeinsamen Wasserleitungsausschusses vom 18. Dezember 2019
8. Kinderkrippe
  - a. Zirkulationspumpe (Heizkreis) im Technikraum, Reparaturarbeiten, Vergabe
  - b. Notlichtanlage, Neuanschaffung aufgrund eines Defektes, Vergabe
9. Friedhof Pinkafeld, Grundstücke Nr. 830 und 831, Abriss des Hauses zur Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten, Vergabe
10. Sanierung der Mittelschule, Kostenaufstellung/Endabrechnung
11. Verkehrsangelegenheit: Halte- und Parkverbot beim ehem. Feuerwehrhaus (Weinhoferplatz), Aufhebung
12. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der FPÖ gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Hundenauslaufzone – Verordnung gem. § 20 Bgld. LSG“
13. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Projekt KLAR! Pinkafeld-Riedlingsdorf
14. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der NEOS gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen in Pinkafeld“
15. Allfälliges

Pinkafeld, 29. Jänner 2020

Der Bürgermeister:

Mag. Kurt Maczek

## Zustellnachweis

betreffend die Einberufung zur Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, dem **6. Feber 2020**, um 18.30 Uhr im Rathaussaal der Stadtgemeinde Pinkafeld.

<b>Name</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Datum</b>
<b>Mag.<sup>a</sup> (FH) De Lellis-Mejatsch</b> Patrizia	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Franz Horst</b>	Digitale Zustellung	29.01.2020
KommR <sup>in</sup> <b>Gottweis</b> , MSc Andrea	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Mag.<sup>a</sup> Grosinger</b> Cornelia	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Hofer</b> Stefanie	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Hofer</b> Verena	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Hoffmann</b> Sigrid	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Horvatits</b> Andrea	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Kayer</b> Mirjam Lena	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Kirnbauer</b> Ingrid	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Mag. Kubat</b> Adrian	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Lenz</b> Michael	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Luif</b> Erich	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Mag.<sup>a</sup> Muratovic</b> Lejla	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Mag.<sup>a</sup> Novosel</b> Brigitte	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Pfeiffer</b> Jürgen	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Mag. Posch</b> Eduard	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Rechberger</b> Franz	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Mag.<sup>a</sup> Rois</b> Silke	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Schuh</b> Ewald	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Schuh</b> Wolfgang	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Stumpf</b> , MA MSc Andreas	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Supper</b> Thomas	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Ing. Unger</b> Franz	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Fliegenschnee DSA</b> Andreas	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Friedrich</b> Michael	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>DI Jauschowitz</b> Peter	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>DI<sup>in</sup> Laschober-Luif</b> Carina	Digitale Zustellung	29.01.2020
<b>Mantsch</b> , MSc Thomas	Digitale Zustellung	29.01.2020

## N I E D E R S C H R I F T

Aufgenommen anlässlich der am Donnerstag, den 6. Feber 2020, um 18.30 Uhr im Rathaussaal der Stadtgemeinde Pinkafeld stattgefundenen 1. Sitzung des Gemeinderates.

**Anwesend:** Bürgermeister Mag. Kurt Maczek, die Vizebürgermeister Franz Rechberger und Andreas Stumpf, MA MSc, die Stadtratsmitglieder Mag.<sup>a</sup> Brigitte Novosel, KommR<sup>in</sup> Andrea Gottweis, MSc (ab 19.37 Uhr), OV Ewald Schuh und Horst Franz, die Gemeinderatsmitglieder Mag.<sup>a</sup> (FH) Patrizia De Lellis-Mejatsch, DSA Andreas Fliegenschnee (Ersatzmitglied), Sigrid Hoffmann, Andrea Horvatits, Mirjam Kayer, BEd, Ingrid Kirnbauer, DI<sup>in</sup> Carina Laschober-Luif (ab 19.25 Uhr), Michael Lenz, Mag. Eduard Posch, Mag.<sup>a</sup> Silke Rois, Wolfgang Schuh, Thomas Supper und Ing. Franz Unger sowie VB Mag.<sup>a</sup> Lena Sinz und AR<sup>in</sup> Martina Stecher als Schriftführerin

Das Fernbleiben der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag.<sup>a</sup> Cornelia Grosinger, Stefanie Hofer, Verena Hofer, Mag. Adrian Kubat, Erich Luif, Mag.<sup>a</sup> Lejla Muratovic und Jürgen Pfeiffer wurde entschuldigt.

Bgm. Maczek begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung fest und eröffnet dieselbe.

Gegen die Protokolle der Gemeinderatssitzungen vom 6. und 19. Dezember 2019 wurden keine Einwände erhoben. Bgm. Mag. Maczek erklärt daher diese Niederschriften für genehmigt.

Zur Beglaubigung der aktuellen Niederschrift wurden die Gemeinderatsmitglieder Eduard Posch und Wolfgang Schuh bestimmt.

**Gemäß § 38 Abs. 2 der Bgld. Gemeindeordnung 2003 beschließt der Gemeinderat einstimmig, folgenden Tagesordnungspunkt nachträglich auf die Tagesordnung zu nehmen:**

15. Neuerrichtung eines Standortes der Firma XXXXXXXXXX, Gewährung einer Wirtschaftsförderung, Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. Dezember 2019
16. Abänderung der aktuellen Richtlinien zur Gewährung von Wirtschaftsförderungen, Diskussion

Vizebgm. Stumpf ersucht um Umreihung der beiden vorhin genannten Tagesordnungspunkte. Diesem Ersuchen wird entsprochen.

### TAGESORDNUNG

1. Personalangelegenheiten:
  - a. Nachträge zu Dienstverträgen, Anpassung des Stundenausmaßes
    - aa. Mittelschule, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ab. Kinderkrippe, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ac. Kindergarten, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ad. Allwetterbad, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - ae. Volksschule, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin
    - af. Volksschule, teilzeitbeschäftigte Raumpflegerin

2. Wechsellandchronik, Bewilligung zur Führung des Gemeindewappens
3. [REDACTED], Turbagasse 26, Beschwerde vom 3. November 2019 gegen den Bescheid des Bürgermeisters über die Wasserbezugs- und Kanalbenützungsgebühr vom 2. Oktober 2019

---

4. [REDACTED], Bericht
5. [REDACTED], Bericht
6. [REDACTED], Protokoll über die Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 2019
7. [REDACTED], Protokoll über die Sitzung des gemeinsamen Wasserleitungsausschusses vom 18. Dezember 2019
8. Kinderkrippe
  - a. Zirkulationspumpe (Heizkreis) im Technikraum, Reparaturarbeiten, Vergabe
  - b. Notlichtanlage, Neuanschaffung aufgrund eines Defektes, Vergabe
9. Friedhof Pinkafeld, Grundstücke Nr. 830 und 831, Abriss des Hauses zur Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten, Vergabe
10. Sanierung der Mittelschule, Kostenaufstellung/Endabrechnung
11. Verkehrsangelegenheit: Halte- und Parkverbot beim ehem. Feuerwehrhaus (Weinhoferplatz), Aufhebung
12. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der FPÖ gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Hunderauslaufzone – Verordnung gem. § 20 Bgld. LSG“
13. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Projekt KLAR! Pinkafeld-Riedlingsdorf“
14. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der NEOS gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen in Pinkafeld“
15. Abänderung der aktuellen Richtlinien zur Gewährung von Wirtschaftsförderungen, Diskussion
16. Neuerrichtung eines Standortes der Firma [REDACTED], Gewährung einer Wirtschaftsförderung, Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. Dezember 2019
17. Allfälliges

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingegangen.

***Die Tagesordnungspunkte 1 bis 3 werden in einer nicht öffentlichen Sitzung behandelt.***

*Hierüber ist eine gesonderte Niederschrift anzufertigen, welche getrennt zu verwahren und getrennt zu binden ist.*

---

**4. [REDACTED], Bericht**

---

Vizebgm. Rechberger berichtet, dass er den Bürgermeister bei der letzten Mitgliederversammlung am 21. Dezember 2019 vertreten hat. Auf der Tagesordnung standen dabei Berichte des Obmannes und des Geschäftsführers. Der Klimawandel ist auch beim Verband „angekommen“ und ist ein großes Thema. Beispielsweise ist zu überlegen, wie künftig mit den Poolbefüllungen umgegangen wird. Grundsätzlich gibt es genug Wasser, aber

bei Verbrauchsspitzen liegt die Auslastung bei 100 %. Es gilt einerseits die Poolbefüllungen zu reglementieren oder für ein paar Wochenenden die Infrastruktur massiv auszubauen.

Weiters wurde über eine sogenannte Aufgrabungs-GIS berichtet. Verbände, Gemeinde, Energieträger, Telekommunikationsanbieter, usw. können dort ihre Bauvorhaben in eine Datenbank eintragen. Dadurch wird ein mehrmaliges Aufgraben von ein- und demselben Straßenabschnitt vermieden.

Details – auch zum Voranschlag 2020 – sind dem Protokoll, welches als *Anlage A* – angeschlossen wird, zu entnehmen.

## **5. [REDACTED], Bericht**

---

Vizebgm. Rechberger berichtet, dass es aufgrund der neuen Pensionsregelungen, die ab 1. Jänner 2020 gelten, zu einer personellen Änderung kommt. Diese Regelung sieht vor, dass Bedienstete mit 62 Lebensjahren und 540 beitragsgedeckten Versicherungsmonaten abschlagsfrei in Pension gehen können. Beim Abwasserverband Oberes Pinkatal hat diese Möglichkeit der Betriebsleiter [REDACTED] in Anspruch genommen. Als Nachfolger wurde in der Mitgliederversammlung [REDACTED] bestimmt.

Weiters berichtet er über die Vergabe der Kanalräumgutentsorgung an den [REDACTED] als Bestbieter zum vereinbarten Anbotspreis in der Höhe von rund € 30.000,—, die Erneuerung eines Umlaufrechens mit Kosten von ca. € 33.000,— sowie über den Beschluss einer Betriebsgebäude-erweiterung mit einer Investitionssumme von bis zu € 250.000,—.

Vizebgm. Rechberger weist darauf hin, dass nun auch der Prüfbericht über die Gebarungsprüfung vom November 2019 vorliegt. Zusammengefasst besagt dieser, dass keine Misstände festgestellt wurden und der Verband ordnungsgemäß geführt wird.

## **6. [REDACTED], Protokoll über die Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 2019**

---

Das Protokoll des Abwasserverbandes Oberes Pinkatal über die Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 2019 wird dieser Niederschrift als *Anlage B* angeschlossen.

## **7. [REDACTED], Protokoll über die Sitzung des gemeinsamen Wasserleitungsausschusses vom 18. Dezember 2019**

---

Bgm. Maczek verweist auf das Protokoll über die Sitzung des gemeinsamen Wasserleitungsausschusses vom 18. Dezember 2019, welches als *Anlage C* dieser Niederschrift angeschlossen wird.

Er teilt mit, dass der Voranschlag der WVA Pinggau-Pinkafeld für das Jahr 2020 vom Ausschuss einstimmig beschlossen wurde, ebenso der Stromlieferungsvertrag ab 2020 mit der Energie Steiermark.

GR Posch verweist auf den einstimmigen Beschluss des Voranschlages und fragt nach, ob nicht korrekterweise der Gemeinderat der Stadtgemeinde Pinkafeld darüber abstimmen sollte.

StR<sup>in</sup> Novosel bejaht dies und ergänzt, dass der Ausschuss nur eine empfehlende Wirkung hat und dieser rechtlich kein Verband ist, weshalb alle Beschlüsse immer im Gemeinderat gefasst werden müssen.

***Die Beschlussfassung erfolgt daher in der nächsten Gemeinderatssitzung.***

## **8. Kinderkrippe**

---

### **a. Zirkulationspumpe (Heizkreis) im Technikraum, Reparaturarbeiten, Vergabe**

Bgm. Maczek berichtet, dass der Leiter des Hauses St. Vinzenz Pinkafeld darüber informiert hat, dass ein Tausch der Zirkulationspumpe im Technikraum des Pflegeheimes, welche auch den Heizkreis der Kinderkrippe versorgt, erforderlich war. Diese Arbeiten mussten umgehend durchgeführt werden, weil ansonsten die Beheizung der Kinderkrippe nicht funktioniert hätte. Durchgeführt wurde die Reparatur von der Fa. [REDACTED], welche zufällig vor Ort war. Die Kosten belaufen sich auf € 1.177,68 brutto abzüglich 3 % Skonto.

Diese Kosten sind im Voranschlag nicht berücksichtigt und bedürfen somit einer Beschlussfassung im Gemeinderat.

**Auf Antrag von Bgm. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Fa. [REDACTED], mit den Reparaturarbeiten für den Heizkreis in der Kinderkrippe Pinkafeld zum Anbotspreis von € 1.177,68 brutto abzüglich 3 % Skonto, also € 1.142,35 brutto zu betrauen.**

### **b. Notlichtanlage, Neuanschaffung aufgrund eines Defektes, Vergabe**

Bgm. Maczek berichtet, dass der Leiter des Hauses St. Vinzenz Pinkafeld darüber informiert hat, dass die Notlichtanlage des Neubaus im Haus St. Vinzenz (darin inbegriffen auch die Kinderkrippe) defekt und eine Reparatur wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll ist. Deshalb hat man sich zum Tausch der Anlage entschlossen. Die Ausschreibung zum Tausch der Anlage hat die Fa. [REDACTED] gewonnen. Der Kostenanteil der Stadtgemeinde beträgt € 5.511,66 brutto abzüglich 3 % Skonto, also € 5.346,31 brutto.

Diese Kosten sind im Voranschlag nicht berücksichtigt und bedürfen somit einer Beschlussfassung im Gemeinderat.

**Auf Antrag von Bgm. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Fa. [REDACTED], mit der Errichtung einer neuen Notlichtanlage in der Kinderkrippe Pinkafeld zum vereinbarten Anbotspreis von € 5.346,31 brutto zu betrauen.**

## 9. Friedhof Pinkafeld, Grundstücke Nr. 830 und 831, Abriss des Hauses zur Schaffung weiterer Parkmöglichkeiten, Vergabe

---

Bgm. Maczek berichtet, dass die Grundstücke Nr. 830 und 831 im Eigentum der Stadtgemeinde Pinkafeld stehen. Das auf dem Grundstück befindliche Gebäude ist baufällig, eine Sanierung rentiert sich nicht. Die Grundstücke würden sich anbieten, weitere Parkmöglichkeiten für die Friedhofs- und Begräbnisbesucher zu schaffen, zumal es immer wieder vorkommt, dass Besucher entlang der Wiesflecker Straße und in den angrenzenden Straßen, ihre PKWs abstellen. Insbesondere die Parksituation entlang der Wiesflecker Straße führt immer wieder zu gefährlichen Situationen aufgrund der „wild“ parkenden Autos.

Der erste Schritt wäre demnach, das am Grundstück befindliche Haus abzureißen. Daher wurde ein Angebot über den Abriss eingeholt. Billigstbieterin ist die Fa. [REDACTED]. Dieses beläuft sich auf € 26.400,— brutto. Zu diesen Kosten sind noch die Kosten für die Schüttung in der Höhe von € 23.917,43 hinzuzurechnen, die sich wie nachfolgend zusammensetzen:

Herstellen einer Parkfläche für Friedhofsbesucher, Fläche: 897 m<sup>2</sup>

Baustelleneinrichtung: Anlieferung Bagger + Walze 1 PA	€	350,00
Aushub laden und entsorgen abzüglich Abbruchgrundflächen	€	4.064,70
Grobschotterung mit Frostschutz RB	€	7.911,54
Feinplanie	€	3.004,95
Verfüllen und lageweise verdichten Kellerraum	€	3.300,00
Roden der Hecke und Bäume inkl. Wurzelstockentfernung 1 PA	€	1.300,00
<b>Netto</b>	€	<b>19.931,19</b>
<b>+ 20 % MWSt.</b>	€	<b>3.986,24</b>
<b>Brutto</b>	€	<b>23.917,43</b>

Der Abriss des Hauses bzw. die Herstellung einer Parkfläche sind im Voranschlag 2020 nicht vorgesehen, weshalb eine Beschlussfassung im Gemeinderat erforderlich ist.

GR<sup>in</sup> De Lellis-Mejatsch fragt nach, ob es weitere Angebote gibt und ob der Parkplatz auch ökologisch richtig hergestellt wird, so wie das seinerzeit beschlossen wurde.

AR<sup>in</sup> Stecher antwortet, dass noch Angebote der Firmen [REDACTED] vorliegen und dass die Parkfläche nur geschottert und nicht asphaltiert wird.

GR<sup>in</sup> Kayer fragt nach, warum gerade jetzt diese Arbeiten durchgeführt werden sollen.

Bgm. Maczek wiederholt, dass es bei Begräbnissen immer wieder zu Parkplatzproblemen kommt. Nachdem das dort stehende Haus nicht genutzt werden kann, wurde vorgeschlagen, es abzureißen und diese Flächen für die Errichtung von Parkplätzen vorzusehen.

GR Posch erklärt, dass er diesen Vergaben nicht zustimmen kann. Ein Grund ist, dass diese Kosten im Budget 2020 nicht berücksichtigt sind. Er ergänzt, dass mit dieser Beschlussfassung nun schon bei der ersten Gemeinderatssitzung des Jahres eine außerplanmäßige Vergabe erfolgt. Seiner Meinung nach ist das keine gute Planung. Diese Arbeiten hätten auf eine Liste mit zu den erledigenden Dingen aufgenommen werden müssen. Er sieht sich heute das erste

Mal damit konfrontiert und sieht keine Notwendigkeit dafür. Wenn, dann wäre beispielsweise die Asphaltierung der Hauptgehwege im Friedhof bzw. neue Vorhänge in der Leichenhalle dringlicher.

Zwecks ansprechender optischer Gestaltung der Parkflächen hat GR Fliegenschnee angeboten, ein paar Bäume zu sponsern.

Dies wird dankenswertweise von Bgm. Maczek angenommen.

**Auf Antrag von Bgm. Maczek beschließt der Gemeinderat mit Stimmenmehrheit (16 Ja-Stimmen – Maczek, Rechberger, Novosel, E. Schuh, Franz, De Lellis-Mejatsch, Fliegenschnee, Hoffmann, Horvatits, Kirnbauer, Lenz, Rois, W. Schuh, Stumpf, Supper, Unger, 1 Nein-Stimme – Posch, 1 Stimmenthaltung – Kayer) die Fa. [REDACTED], mit den Abbrucharbeiten beim Objekt Hundswart 1 zum vereinbarten Anbotspreis von € 26.400,— und mit der Herstellung einer Parkfläche für die Friedhofsbesucher zum vereinbarten Anbotspreis von € 23.917,43 brutto zu betrauen.**

#### **10. Sanierung der Mittelschule, Kostenaufstellung/Endabrechnung**

---

Bgm. Maczek berichtet, dass die Sanierung der Mittelschule heuer noch abgeschlossen sein wird. Dieses Jahr werden noch der Behindertenparkplatz, die Barrierefreiheit, die Errichtung der Handläufe und die Absicherung der freistehenden Stiege errichtet bzw. vorgenommen. Die Kostenaufstellung wurde vorab allen Gemeinderatsmitgliedern als Tischunterlage ausgehändigt (*Anlage D*) und mit den in der Gemeinderatssitzung vom 6. Dezember 2019 beschlossenen Vergaben ergänzt. Nach erfolgter Fertigstellungsanzeige erfolgt die Auszahlung der 2. und letzten Förderung durch das Land Burgenland. Diese beträgt nach Rücksprache mit der zuständigen Abteilung des Landes max. € 300.000,—.

Vizebgm. Stumpf bedankt sich für die Bereitstellung der Tischvorlagen und fragt nach, was die rot bzw. grün markierten Felder zu bedeuten haben.

Nachdem dies nicht geklärt werden kann, wird über diesen Tagesordnungspunkt nach Rücksprache mit dem Ersteller der Tabelle in der nächsten Sitzung weiterberaten werden.

Vizebgm. Stumpf ergänzt, dass er dazu Fragen übermitteln wird, die in der Berichtslegung gleich mitberücksichtigt werden sollen.

#### **11. Verkehrsangelegenheit: Halte- und Parkverbot beim ehem. Feuerwehrhaus (Weinhoferplatz), Aufhebung**

---

Bgm. Maczek berichtet, dass zuletzt in der Gemeinderatssitzung vom 19. Dezember 2019 über die Aufhebung des Halte- und Parkverbotes beim ehem. Feuerwehrhaus gesprochen wurde.

Aufgrund der Auflassung des alten Feuerwehrhauses mit der Bezeichnung „Am Platzl 1“ werden die für die Mitglieder der Feuerwehr reservierten Parkplätze nicht mehr benötigt. Das



Halte- und Parkverbot mit der Zusatztafel „Ausgenommen Feuerwehrleute im Einsatz“ wurde mit Verordnung des Gemeinderates vom 25. Oktober 2008 beschlossen.

Vizebgm. Stumpf fragt nach, da er die Plandarstellung nicht kennt, ob dieser Bereich dann generell als Kurzparkzone gilt.

Bgm. Maczek erklärt, dass es so wird, wie es davor in diesem Bereich vorgesehen war.

**Auf Antrag von Bgm. Maczek beschließt der Gemeinderat einstimmig, das mit Verordnung der BH Oberwart vom 28. Oktober 2008 erlassene Halte- und Parkverbot mit der Zusatztafel „Ausgenommen Feuerwehrleute im Einsatz“ beim ehem. Feuerwehrhaus aufzuheben.**

GR<sup>in</sup> De Lellis-Mejatsch teilt mit, dass sie sowie auch andere Gemeinderatsmitglieder Bilder von den BUWOG Häusern erhalten haben, die die Parkplatzproblematik für die dort wohnenden Anrainer zeigen. Sie ersucht, dass sich der Verkehrsausschuss dieser Thematik annimmt.

StR<sup>in</sup> Novosel antwortet, dass dieses Problem schon mehrmals in einer Sitzung besprochen wurde. Dabei wurde festgestellt, dass die Mieter der BUWOG-Wohnungen Parkmöglichkeiten im Haus und am Gelände haben, diese aber leider nicht nutzen, da sie dafür etwas zahlen müssen.

GR<sup>in</sup> De Lellis-Mejatsch erwidert, dass man nicht davon ausgehen darf, dass sich das jeder leisten kann.

GR Fliegenschnee weist darauf hin, dass gestern sicherlich eine besondere Situation war, weil für den HTL-Ball aufgebaut wurde.

StR<sup>in</sup> Novosel schlägt vor, dieses Thema nochmals in der demnächst stattfindenden Sitzung aufzugreifen.

GR Posch wiederholt, dass das schon x-Mal besprochen wurde. Er ist der Meinung, dass es grundsätzlich nicht Aufgabe der Allgemeinheit ist, Leuten einen Privatparkplatz auf öffentlichen Grund freizuhalten. Weil dann geht es schon auch um die Frage, warum nicht woanders auch. Außerdem verweist er auf die zig neuen Parkplätze, die auf dem Grundstück der ehemaligen OMV-Tankstelle gemacht wurden und die es noch bis vor Kurzem nicht gegeben hat.

GR Supper gibt ihm grundsätzlich recht, allerdings muss erwähnt werden, dass sich neben der Wohnhausanlage die größte Schule des Landes befindet und das daher anders zu betrachten ist.

StR<sup>in</sup> Novosel warnt vor einer Präcedenzwirkung.

Vizebgm. Stumpf schlägt vor, dass sich der Verkehrsausschuss in seiner nächsten Sitzung ein Bild vor Ort macht.

## **12. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der FPÖ gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Hundenauslaufzone – Verordnung gem. § 20 Bgld. LSG“**

---

GR Supper berichtet, dass im Vorjahr beschlossen wurde, dass für die Schaffung einer Hundenauslaufzone geeignete Grünflächen gesucht und dann die Vorschläge dem Gemeinderat vorgelegt werden sollen. Seiner Meinung nach würde sich das linke und rechte Pinka-Ufer zwischen der Grazer Straße und der Siemensstraße als geeignete Örtlichkeit anbieten und stellt dies zur Diskussion.

GR Fliegenschnee fragt nach, ob vorgesehen ist, diesen Bereich einzuzäunen.

GR Supper antwortet, dass das im Gesetzestext nicht herauszulesen ist.

GR Supper erklärt, dass die Gemeinde eine Leinenpflicht festlegen und gleichzeitig einen gewissen Bereich als Hundenauslaufzone deklarieren kann.

GR Fliegenschnee ergänzt, dass in diesem Bereich ohnehin schon viele Hunde unterwegs sind und daher auch eine hohe Anzahl an „Hundstrümmerl“ herumliegt.

GR<sup>in</sup> Kirnbauer glaubt, dass dieser Teil für eine Hundenauslaufzone nicht geeignet ist, ebenso wie GR<sup>in</sup> Horvatits, da dort viele Wohnhausanlagen stehen und viele Kinder unterwegs sind.

Für Bgm. Maczek ist das ein sehr wichtiges und sensibles Thema. Grundsätzlich sollte man sich überlegen, ob man hierfür nicht etwas Abgelegeneres sucht bzw. diese Fläche dann vielleicht auch einzäunt. Die Sicherheit für die Kinder und die Menschen in unserer Stadt geht vor.

Vizebgm. Rechberger schließt sich seinen Vorrednern an und schlägt vor, dass sich GR Supper gemeinsam mit einem Mitarbeiter des Bauhofs nochmals mit der Findung von möglichen Plätzen auseinandersetzt und diese Vorschläge dann dem Gemeinderat zur Diskussion vorlegt.

GR Posch ersucht zu prüfen, ob man diese Hundenauslaufzone nicht beim Hundabrichteplatz Nord (unterhalb des Flugplatzes) machen könnte. Das Gelände ist groß, eingezäunt und man hat dort schon jetzt mit Hunden zu tun. Außerdem ist es im Besitz der Gemeinde.

Bgm. Maczek wird den Bauhofleiter ersuchen hier behilflich zu sein.

GR Supper wird diesen Tagesordnungspunkt gegebenenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung aufnehmen lassen.

GR<sup>in</sup> Kayer erklärt, dass es in Wien große Hundenauslaufzone gibt, die nicht eingezäunt und kleinere in der Innenstadt, die sehr wohl eingezäunt sind. Sie wäre nicht abgeneigt, wenn die Gemeinde eine weiter draußen macht, die nicht eingezäunt ist.

### **13. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der ÖVP gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Projekt KLAR! Pinkafeld-Riedlingsdorf**

---

Vizebgm. Stumpf verweist auf die letzte Gemeinderatssitzung, wo ein einstimmiger Beschluss gefasst wurde, dass im Jänner 2020 überfraktionelle Gespräche über das Projekt Klimawandelanpassungsmodellregion Riedlingsdorf-Pinkafeld geführt werden. Diesbezüglich gab es auch die Forderung nach Unterlagen, welche von Vizebgm. Rechberger zugesagt wurden, spätestens 14 Tage vor dem Gesprächstermin an allen Fraktionen auszuschicken. Nun wurden die Fraktionen per mail informiert, dass es zu keinem Gespräch kommt, weil es dem Vizebürgermeister nicht möglich war, die Projektpartner von diesem Gesprächstermin und der Notwendigkeit zu überzeugen.

Dankenswerterweise hat das Stadtamt doch so weit wie möglich die vorhandenen Unterlagen zur Durchsicht aufgelegt. Er hat sich diese entsprechend auch angeschaut und nun stellen sich für ihn einige Fragen, wie diese Vereinbarung und vor allem die Verwendung von öffentlichen Geldern gesehen wird. Er zitiert aus dem Kooperationsvertrag, dass das Ziel der teilnehmenden Klimawandel-Anpassungsmodellregionen die konkrete Umsetzung von regionalen Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen im Sinne des Programms gemeinsam mit lokalen Stakeholdern, BürgerInnen und Entscheidungsträgern ist. Es ist weiters darin festgehalten, dass in der Umsetzungsphase Leistungen eingebracht und auch Berichte vorgelegt werden müssen. Zum Thema Abdeckung der Kosten steht auch, dass für die Umsetzung der Maßnahmen in einem Zeitraum von 2 Jahren sich der Klima- und Energiefonds im Rahmen der Kooperation an der Abdeckung der Kosten mit einem Betrag von max. 100.000 Euro beteiligt. Dieser Betrag bezieht sich auf die Umsetzung der Maßnahmen. Er hat anhand der Rechnungsauszüge geprüft und festgestellt, dass tatsächlich 100.000 Euro an die Stadtgemeinde Pinkafeld geflossen sind. Allerdings gibt es keine Berichtsleistung. Das einzige was es gibt, ist ein Konzept mit über 100 Seiten und es gibt auch konkrete Maßnahmen, die definiert wurden. Insgesamt sind 12 Maßnahmen angeführt, für die dementsprechend die Geldmittel verwendet werden müssen. Es sind einmal bewusstseinsbildende Maßnahmen, wie

- Veranstaltung Energie- und Förderberatungen
- ein regionales streetfood-event
- Umstellung von öffentlichen Beleuchtungssystemen
- thermische Gebäudesanierung und Heizungsumstellungen
- Photovoltaikanlagen auf kommunalen Bauten
- Photovoltaik-BürgerInnenbeteiligungsvorhaben
- Gemeindeübergreifender Pilotversuch zur Nutzung von biogene Roh- und Reststoffen
- Erhebung und Schaffung der Rahmenbedingungen als Vorbereitung für die Realisierung eines Gemeinschaftsspeicherprojektes
- Errichtung von E-Ladeinfrastruktur
- Entwicklung eines Bahnprojektes
- Fuhrparkumstellung auf E-Fahrzeuge für den Wasserverband Südliches Burgenland

Für ihn ergeben sich einige Fragen, die eigentlich einer dringenden Beantwortung bedürfen. Im Wesentlichen ist nur nachvollziehbar, dass Fördergeld an die drei Projektpartner in der Höhe von jeweils 26.000 Euro weitergegeben wurde. Eine Rechnung über 8.300 Euro als Auszahlung konnte nicht genau verifiziert werden. Momentan liegt nur das Gesamtkonzept vor, Maßnahmenberichte zur Umsetzung gibt es nicht. Deshalb fragt er Vizebgm. Rechberger,

wo die dementsprechenden Berichte sind und die Nachweise über die zweckgemäße Verwendung der geflossenen Fördermittel bzw. für welche Maßnahmen sie konkret geflossen sind.

Vizebgm. Rechberger erklärt, dass sich der Gemeinderat in der letzten Sitzung darauf geeinigt hat, das Projekt KLAR Klimawandelanpassungsregion Riedlingsdorf-Pinkafeld weiterzuführen. Auftragsgemäß hat er die Projektpartner kontaktiert und versucht, diese von der Notwendigkeit einer Besprechung unter Einbeziehung aller Fraktionen zu überzeugen, was ihm leider nicht gelungen ist. Bei dieser Besprechung war das Bemühen von allen Seiten klar erkennbar, dass das Projekt fortgesetzt wird. Man steht kurz vor einer Entscheidung und einer Lösung, allerdings ist es nun krankheitsbedingt zu einer Verzögerung gekommen. Sobald es aber spruchreif ist, wird er dem Gemeinderat berichten, sodass darüber diskutiert werden kann. Entscheidend für ihn ist, dass einerseits die Gemeindevertreter vereinbart haben, dass sie bemüht sind, dieses wichtige und auch zukunftssträchtige Projekt im Bereich der Bewusstseinsbildung fortzusetzen. In der Vergangenheit sind viele Dinge vorgefallen, sind Vorwürfe in den Raum gestellt worden, die dem Projekt insgesamt nicht dienlich waren und daher ist es jetzt sehr schwierig, das Projekt in einer Form fortzuführen, dass für beide Seiten zufriedenstellend ist. Er ist im Gespräch mit den Projektpartnern und wird versuchen, das Projekt fortzuführen. Was die Berichtslegung betrifft, weiß er, dass diese der Förderstelle vorgelegt wurden.

Für Vizebgm. Stumpf sind diese Antworten keinesfalls zufriedenstellend. Der Kooperationsvertrag wurde vom Bürgermeister am 26. Juni 2017 unterzeichnet. In diesem ist eine zweijährige Umsetzungsphase vereinbart, die bereits seit dem letzten Jahr abgeschlossen sein muss. Jetzt den Gemeinderat wieder auf irgendeine Zeit zu vertrösten, findet er nicht in Ordnung. Er merkt an, dass die Umsetzungsphase dieses Projektes auch den Kooperationspartner – die Gemeinde Riedlingsdorf – betrifft. Dass irgendwelche Berichte vorgelegt wurden, aber er als Vertreter der Gemeinde Pinkafeld nicht weiß, wo die sind, ist für ihn dubios. Im Endeffekt hat er keine Antwort darauf erhalten, welche dieser 12 Maßnahmen in welcher Höhe der Fördermittel umgesetzt wurden. Deshalb ist er der Meinung, dass sich die Projektpartner einem Gespräch oder einer Berichtslegung vor dem Gemeinderat nicht mehr verwehren können.

GR Posch betont, dass die Frage über die Leistungen und Ergebnisse zu den abgerechneten Summen zu beantworten ist. Erstens verweist er auf einen aufrechten Werkvertrag zur Konzepterstellung und Umsetzung des Projektes. Auftraggeber ist die Gemeinde im Form des Vereins zur Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur. In diesem Vertrag steht ausdrücklich drinnen, dass der Auftragnehmer verpflichtet ist zu den vorgegebenen Terminen sämtliche Projektunterlagen inklusive Berichtswesen dem Auftraggeber vorzulegen. Er findet es ungeheuerlich, dass das bis jetzt noch nicht geschehen ist. Er erwartet sich, dass in der nächsten Gemeinderatssitzung ein ordentlicher Bericht vorgelegt wird, was geschehen ist und wie das ganze abläuft. Und Zweitens steht in diesem Werkvertrag eindeutig drinnen, dass sämtliche Änderungen, Ergänzungen, Erweiterungen dieses Vertrages der Schriftlichkeit und Unterzeichnung durch Auftraggeber und Auftragnehmer bedürfen. Es geht also auch um die Einhaltung eines aufrechten Vertrages, der nur im beidseitigen Einvernehmen abgeändert oder ergänzt werden kann. Er erwartet sich in der nächsten Sitzung eine klare Antwort.

Bgm. Maczek weist darauf hin, dass die Initiatoren dieses Projektes weder die eine noch die andere Fraktion waren sondern der Bürgermeister von Riedlingsdorf und er gemeinsam mit der zuständigen Landesrätin. Eine Firma, die die Ideen gehabt hat, wurde beauftragt. Er versteht nun nicht, warum daraus ein Politikum gemacht wird. Die Projektfirma wird dem Gemeinderat berichten.

Für Vizebgm. Rechberger ist es Faktum, dass es sich um ein Projekt handelt, wo es in erster Linie um Information und Bewusstseinsbildung geht. Im Zuge dieser Konzeptentwicklung wurden 12 Maßnahmen entwickelt, die in verschiedenen Bereich angesiedelt sind. Diese sind ua. Informationsveranstaltungen wie z. B. ein Stand bei der Inform oder beim Tag der offenen Tür bei der Sonnenerde in Riedlingsdorf und verschiedene workshops, wo über die verschiedensten Themen diskutiert wurde.

Vizebgm. Stumpf kritisiert, dass im Gemeinderat einstimmig Beschlüsse gefasst werden, die unter den Verdacht der Vorsätzlichkeit nicht umgesetzt werden.

Für GR Posch geht es darum, dass es hier ein Werksvertragsverhältnis gibt, wo klar festgehalten ist, wer Auftraggeber ist, und wer die Auftragnehmer sind und dass dem Auftraggeber entsprechende Berichte geliefert werden müssen.

Laut Bgm. Maczek werden diese Berichte von den Firmen vorgelegt werden.

GR<sup>in</sup> Kayer sieht vor allem darin das Problem, dass der Gemeinderat von Anfang an nicht miteingebunden worden ist. Der Großteil hat nicht gewusst, dass es KLAR gibt bzw. was überhaupt gemacht wird. Sie hat gewusst, dass keine konkreten Maßnahmen umgesetzt werden sondern Bewusstseinsbildung geschaffen wird. Das war eine Maßnahme, die aber nicht wirklich so drinnen steht. Wenn man das Konzept liest, dann kommt es so rüber, als dass sie diese 12 Punkte auch umsetzen.

StR<sup>in</sup> Novosel ersucht um Bekanntgabe, wofür das Geld ausgegeben wurde.

#### **14. Aufnahme eines Tagesordnungspunktes der NEOS gemäß § 38 Abs. 4 Bgld. Gemeindeordnung: „Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen in Pinkafeld“**

---

GR Posch berichtet, dass er folgende Anträge, die er vorab schon per mail an alle Gemeinderatsmitglieder ausgeschickt hat, zur Abstimmung bringen wird:

1. Der Beschluss vom 19. Dezember 2019, wonach die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise nach Vorliegen des Expertenkonzeptes, erarbeitet bis spätestens 30. Juni 2020 durch die Leiter unserer Bildungseinrichtungen, im Gemeinderat festgelegt wird, wird aufgehoben.
2. Bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme der Räumlichkeiten für die notwendigen und ausreichenden Kinderbetreuungsplätze soll ein fixer Tagesordnungspunkt „Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen“ in jeder Gemeinderatssitzung aufgenommen werden. Ziel dieses Tagesordnungspunktes ist eine Berichterstattung zum Stand des Projekts. Hier sollen zwei Fragen kurz und prägnant beantwortet werden:
  1. Was ist seit der letzten Gemeinderatssitzung bezüglich dieses Projektes geschehen?

2. Was soll bis zur nächsten Gemeinderatssitzung geschehen?
3. Die Stadtgemeinde Pinkafeld errichtet einen zweiten städtischen Kindergarten, der auch die räumlichen Erfordernisse für eine Kinderkrippe umfasst.

Er begründet seine Anträge wie folgt:

Seit September 2017 ist die provisorische Unterbringung einer Kindergartengruppe im Bewegungsraum untergebracht. Dieses Provisorium wurde bis Ende des Kindergartenjahres 2020/21 genehmigt. In 18 Monaten braucht es eine Lösung für die fehlenden Kinderbetreuungsplätze in unserer Stadt.

Seit 2017 beschäftigt sich der Gemeinderat auf Antrag der NEOS mit diesem Thema. Eine Arbeitsgruppe hat am 05. November 2018 einstimmig – über alle Fraktionen hinweg – eine Planung und ein Konzept verabschiedet. In weiterer Folge hat der Gemeinderat einen Zeitplan beschlossen.

Vizebürgermeister Rechberger hat bei der letzten Gemeinderatssitzung am 19. Dezember 2019 folgenden Antrag gestellt, der auch mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ beschlossen wurde: „Die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise soll nach Vorliegen des Expertenkonzeptes, erarbeitet bis spätestens 30. Juni 2020 durch die Leiter unserer Bildungseinrichtungen, im Gemeinderat festgelegt werden.“

Damit sind zwei Jahre vergangen, ohne dass etwas Konkretes weitergegangen ist. Im Gegenteil, wir wissen jetzt noch weniger als vorher. Dieser Beschluss bedeutet einen Rückschritt um Jahre.

Bis heute haben die Leiter der Bildungseinrichtungen von der Stadtgemeinde Pinkafeld keinen Auftrag zur Erstellung eines Expertenkonzeptes erhalten. Die Leitungen der Volksschule, NMS, des städtischen Kindergartens und der Kinderkrippe (Bildungsplattform Pinkafeld – BPP) haben sich in einem Schreiben an alle Gemeinderäte gewandt und zu den aktuellen Fragen rund um das Thema Kinderbetreuungsplätze Stellung genommen (*Anlage E*).

Aus diesem Schreiben geht klar hervor, dass die Bildungsplattform gerne ihr Know How zur Verfügung stellt, aber klare Zielsetzungen sowie verbindliche und professionelle Rahmenbedingungen benötigt werden.

Aus Sicht der NEOS ist der Beschluss vom 19. Dezember 2019 in keinsten Weise als Basis für eine zielführende Arbeit und ein ordentliches Projektmanagement geeignet. Deswegen beantragt er die Aufhebung.

Die Zeit drängt und es müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, denn sonst kann die Stadtgemeinde Pinkafeld den Versorgungsauftrag nicht erfüllen. Fakten und Daten gibt es genug, ebenso den Konsens, dass es zusätzliche Kinderbetreuungsplätze in der Stadt braucht.

Es ist erschreckend, wie sorglos und unprofessionell mit dem wichtigen Anliegen einer qualitativvollen und ausreichenden Kinderbetreuung umgegangen wird. In der Begründung im Bescheid der Landesregierung vom 12. September 2019 mit dem das Provisorium verlängert wird, heißt es, dass die Stadtgemeinde Pinkafeld den Neubau einer entsprechenden Einrichtung am Stadtrand von Pinkafeld plant. Die Planungsarbeiten dazu sollen in 2019

abgeschlossen sein. Mit der Inbetriebnahme der neuen Einrichtung ist aber nicht vor 2021 zu rechnen.

Entgegen allen bisherigen Arbeiten und Beschlüssen sowie Erklärungen gegenüber der Bgld. Landesregierung ist jetzt auf einmal alles anders. Das bei der letzten Gemeinderatssitzung am 19. Dezember 2019 plötzlich und vollkommen unerwartete Projekt eines Bildungscampus entbehrt jeder faktenbasierten Grundlage, ignoriert die bisherigen pädagogischen Konzepte der Schulen und lässt die Renovierung und den Umbau der NMS um 3,9 Mio Euro als Schildbürgerstreich erscheinen.

Bisher wurde immer mit der angespannten Budgetlage argumentiert, dass ein zweiter städtischer Kindergarten nicht möglich ist. Alles, was bei der letzten Gemeinderatssitzung gesagt wurde, erfordert das x-fache an finanziellen Ressourcen gegenüber eines 4-gruppigen, neuen Kindergartens. Das entbehrt wirtschaftlichen und budgetären Möglichkeiten und kommt außerdem um Jahre zu spät.

Das angedachte „Raum-Karussell“ lehnen die NEOS ab, ebenso eine „Filetierung“ der Volksschule, in welcher Form auch immer. Das sind Lösungen auf dem Rücken der Kinder und dienen nicht dem Kindeswohl.

Beim Um- und Zubau der Volksschule im Jahr 2012 (Kosten rd. 2,8 Mio. Euro) wurde eine mögliche Erweiterung mitgeplant. Falls notwendig, kann durch eine Aufstockung beim hinteren Eingang um zwei Klassen erweitert werden. Dafür gibt es auch schon Pläne und eine Kostenschätzung. Mit dieser Möglichkeit ist der Raumbedarf der Volksschule jedenfalls auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinaus abgedeckt.

Überlegungen, die eine gesamte Übersiedlung der Volksschule an einen anderen Standort beinhalten, entbehren daher allen faktischen Grundlagen und ergeben überhaupt keinen Sinn. Im Gegenteil: Es wird etwas Neues mit immensen Kosten gebaut, was es ohnehin schon gibt, eine Volksschule. Und es wird ein Leerstand im Stadtzentrum produziert, der mit weiteren hohen Kosten für andere Nutzungsmöglichkeiten adaptiert werden muss, um verwertet werden zu können.

In nur 18 Monaten endet das genehmigte Provisorium. Es ist 1 vor 12 um eine ordentliche Lösung zu finden und umzusetzen. Es braucht jetzt klare Entscheidungen und vor allem auch laufende Information und Transparenz.

Vizebgm. Stumpf weist darauf hin, dass allen die Problematik klar ist und die Grundlagen für die Lösung einer Erweiterung schon auf der Hand liegen. Es geht um eine notwendige Planung von Varianten, wie das Problem des Provisoriums in der Betreuungseinrichtung des städtischen Kindergartens entsprechend gelöst werden kann. Der derzeitige Standort des Kindergartens wurde ursprünglich für 4 Gruppen errichtet. Mit dem Ausbau des Dachgeschoßes ist klar, dass dieser unter dem Aspekt der Barrierefreiheit nicht mehr zeitgemäß ist. Er betont, dass er in keiner Phase irgendetwas ausschließen will, auch nicht einen Neubau. Er weist auch darauf hin, dass sich der Gemeinderat vor 4 Jahren vor der Sanierung der Mittelschule mit dieser Thematik beschäftigt hat. Damals wurde ein pädagogisches Konzept erarbeitet, welches vor Beginn der Umbauarbeiten erforderlich war. Zielsetzung war ua. die Erhöhung der Klassenanzahlen. Mit der Diskussion eines

Bildungscampusses wird dieses wieder über Bord geworfen. Es wurden Millionen Euro in die Hand genommen, jetzt denkt man wieder Umbaumaßnahmen an. Es muss Sinn und Zweck sein, den Standort der Mittelschule dementsprechend zu stärken. Die im Konzept festgehaltenen Kooperationen mit den Schulen in der Umgebung sind weiter zu verfolgen. Die funktionierende Volksschule in irgendwelche Teilbereiche zu zerlegen, war nicht vorgesehen. Seinerzeit war eine Erweiterung mit einer Aufstockung vorgesehen, was aber aus Kostengründen unterblieben ist. Er ist derselben Meinung wie sein Vorredner, dass der derzeitige Standort der Volksschule keineswegs in Frage gestellt wird. Die Herausforderung wird sein, die Bedarfsdeckung des Kindergartens und gegebenenfalls der Kinderkrippe sicherzustellen. Es ist daher wirklich höchste Zeit im Gemeinderat daran zu arbeiten, diese verschiedenen Varianten für diese Bedarfsdeckung im städtischen Kindergarten in Angriff zu nehmen und nicht die Verantwortung auf irgendjemand anderen abzuwälzen.

Für Bgm. Maczek als ehemaligen Lehrer ist es befremdlich, wenn man sagt, dass in Pinkafeld eine falsche oder schlechte räumliche Bildungspolitik betrieben wird. In den letzten 20 Jahren ist im Bereich Bildung viel passiert und viel Geld investiert worden. Und das immer unter der Einbeziehung der verantwortlichen Direktoren und LeiterInnen. Nun gilt es halt mit Vernunft und weiser Voraussicht eine räumliche Ausweitung unserer Bildungseinrichtungen zu planen. Deshalb wurden auch die Direktoren und leitenden Angestellten sowie die Verantwortlichen des Landesschulrates in die Diskussion miteinbezogen. Er betont, dass überhaupt noch nichts festgelegt worden ist. In den nächsten Monaten muss daran gearbeitet werden, die Bildungsqualität in Pinkafeld zu halten. Aber es muss auch klar sein, dass sich die Gemeinde momentan in einem finanziellen Engpass befindet. Deshalb gilt es zu prüfen, wo man Ressourcen schaffen bzw. interimsmäßig 1 bis 2 Kindergartengruppen unterbringen kann.

Vizebgm. Rechberger hält fest, dass jetzt eine Diskussion geführt wird, aber noch keine Entscheidung gefallen ist, wohin es gehen soll. Auch wird der derzeitige Standort der Volksschule nicht in Frage gestellt. Bei der letzten Gemeinderatssitzung hat der Qualitätsmanager des Landes darauf hingewiesen, dass das Problem mit den Betreuungsplätzen nicht mit dem Neubau eines weiteren Kindergartenstandortes endet. Pinkafeld ist eine wachsende Stadt und das Problem wird sich irgendwann nach oben hin verschieben. Es ist wichtiger, Visionen zu entwickeln, in welche Richtung wir mit unseren Bildungseinrichtungen gehen. Diese Zielsetzung passiert nicht von heute auf morgen. Er weist darauf hin, dass diese Woche eine Einladung an alle Fraktionsvertreter und Schulen zur nächsten Diskussion verschickt wurde. Dort sollen die derzeit vorliegenden Fakten beleuchtet und diskutiert bzw. Lösungsmöglichkeiten gefunden werden.

Vizebgm. Stumpf weist darauf hin, dass vorhin genannter Qualitätsmanager vor drei Jahren beim pädagogischen Konzept für die Mittelschule federführend war und jetzt auf einmal wieder andere Wege bestreiten will. Im Endeffekt bleibt die Gemeinde mit diesen Visionen und Überlegungen über. Eigentlich gibt es schon einen gültigen Gemeinderatsbeschluss aus der Vergangenheit, wo ein klarer Zeitplan abgebildet ist, dieser jedoch nicht umgesetzt wurde, sodass ein komplettes Kalenderjahr verstrichen ist. Bezüglich der angesprochenen Einladung zur nächsten Diskussion erwartet er sich bis spätestens morgen die Übermittlung der Unterlagen, um sich dementsprechend vorbereiten zu können.



Für GR Posch ist es schwierig zu verstehen, warum auf einmal etwas komplett anderes angedacht wird. Laut Bescheid wurde dem Land mitgeteilt, dass ein zweiter Kindergarten gebaut wird.

Bgm. Maczek erklärt, dass damals vielleicht eine andere finanzielle Situation war.

GR<sup>in</sup> De Lellis-Mejatsch fragt nach, ob man sich schon die Kinderzahlen für das Kindergartenjahr 2020/2021 angeschaut hat. Bleibt es bei der 7. provisorischen Gruppe oder wird aufgrund der vielen neuen Wohnungsbauten im nächsten Jahr eine 8. Gruppe gebraucht?

Bgm. Maczek erklärt, dass er das noch nicht sagen kann.

Vizebgm. Stumpf glaubt das nicht, weil die Meldedaten mit den Geburtsjahrgängen bereits aufliegen.

GR Posch stellt nun seine Anträge wie folgt und ersucht um Zustimmung:

- 0
- 1. Der Beschluss vom 19. Dezember 2019, wonach die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise nach Vorliegen des Expertenkonzeptes, erarbeitet bis spätestens 30. Juni 2020 durch die Leiter unserer Bildungseinrichtungen, im Gemeinderat festgelegt wird, wird aufgehoben.**

**Auf Antrag von GR Posch wird dieser Antrag mit Stimmenmehrheit wie folgt abgelehnt:**

**8 Ja-Stimmen:** De Lellis-Mejatsch, Gottweis, Hoffmann, Horvatits, Kayer, Laschober-Luif, Posch, Stumpf

**12 Nein-Stimmen:** Fliegenschnee, Franz, Kirnbauer, Lenz, Maczek, Novosel, Rechberger, Rois, E. Schuh, W. Schuh, Supper, Unger

---

- 2. Bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme der Räumlichkeiten für die notwendigen und ausreichenden Kinderbetreuungsplätze soll ein fixer Tagesordnungspunkt „Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen“ in jeder Gemeinderatssitzung aufgenommen werden. Ziel dieses Tagesordnungspunktes ist eine Berichterstattung zum Stand des Projekts. Hier sollen zwei Fragen kurz und prägnant beantwortet werden:**

**1. Was ist seit der letzten Gemeinderatssitzung bezüglich dieses Projektes geschehen?**

**2. Was soll bis zur nächsten Gemeinderatssitzung geschehen?**

**Auf Antrag von GR Posch wird dieser Antrag mit Stimmenmehrheit wie folgt abgelehnt:**

**9 Ja-Stimmen:** De Lellis-Mejatsch, Gottweis, Hoffmann, Horvatits, Kayer, Laschober-Luif, Posch, Stumpf, Supper

**11 Nein-Stimmen:** Fliegenschnee, Franz, Kirnbauer, Lenz, Maczek, Novosel, Rechberger, Rois, E. Schuh, W. Schuh, Unger

---

- 3. Die Stadtgemeinde Pinkafeld errichtet einen zweiten städtischen Kindergarten, der auch die räumlichen Erfordernisse für eine Kinderkrippe umfasst.**

**Auf Antrag von GR Posch wird dieser Antrag mit Stimmenmehrheit wie folgt abgelehnt:**

**1 Ja-Stimme:** Posch

**13 Nein-Stimmen:** Franz, Fliegenschnee, Kirnbauer, Laschober-Luif, Lenz, Maczek, Novosel, Rechberger, Rois, E. Schuh, W. Schuh, Supper, Unger

**6 Stimmenthaltungen:** De Lellis-Mejatsch, Gottweis, Hoffmann, Horvatits, Kayer, Laschober-Luif

## **15. Richtlinien zur Gewährung von Wirtschaftsförderungen, Bericht und Diskussion zur Vorbereitung der Überarbeitung der Richtlinien**

---

Bgm. Maczek berichtet, dass in der gestrigen Vorbesprechung des Tagesordnungspunktes 16 eine Überarbeitung der Richtlinien zur Gewährung von Wirtschaftsförderungen diskutiert wurde. Dies insbesondere deshalb, da die Förderung in Form der Rückerstattung der Kommunalsteuer im Ausmaß von 50 % in den ersten 7 Jahren nicht in den Richtlinien enthalten ist. Diese Förderung wurde aber des Öfteren bereits bei der Ansiedlung großer Firmen in Pinkafeld gewährt. Die Richtlinien wären daher entsprechend abzuändern, wobei zusätzlich die Konkretisierung „neu geschaffene Arbeitsplätze“ aufgenommen werden soll, um eine Vereinheitlichung zu schaffen.

Vizebgm. Stumpf ist der Meinung, dass es beim Begriff der neu geschaffenen Arbeitsplätze klar zu unterscheiden ist, ob es sich um eine Neuansiedlung oder um eine Betriebsumsiedlung eines schon bestehenden Betriebes handelt. Die aktuellen Richtlinien sind umfassender zu betrachten und neu zu definieren. Alle Unternehmer sollen gleich behandelt werden.

Bgm. Maczek schlägt vor, dass sich Vertreter des Gemeinderates zusammensetzen, um neue Richtlinien zu erarbeiten bzw. die aktuell gültigen zu überarbeiten.

Vizebgm. Stumpf ist dafür, dass man sich dafür eine Zeitleiste setzt.

StR<sup>in</sup> Novosel erklärt, dass aber die Klarstellung bezüglich des Beschlusses vom Dezember über die Gewährung einer Wirtschaftsförderung an die Fa. [REDACTED] heute erfolgen kann. Der Beschluss soll derart abgeändert werden, dass eine Förderung nur für die neuen Mitarbeiter gewährt wird.

StR<sup>in</sup> Gottweis weist darauf hin, dass eine Förderung in Form einer Rückvergütung der Kommunalsteuer von 50 % auf 7 Jahren in den Richtlinien nicht enthalten ist. Wenn man für Großbetriebe eigene Fördersätze haben will, muss man dementsprechend auch neue Richtlinien festlegen.

## **16. Neuerrichtung eines Standortes der Firma [REDACTED], Wirtschaftsförderung, Beschluss vom 6. Dezember 2019, Abänderung**

---

Bgm. Maczek teilt mit, dass in der gestrigen Vorbesprechung die Abänderung des Beschlusses betreffend Wirtschaftsförderung an die Firma [REDACTED] für die Neuerrichtung eines Standortes diskutiert wurde. In der Gemeinderatssitzung vom 6. Dezember 2019 wurde die Gewährung einer Wirtschaftsförderung in Form von Rückerstattung der Kommunalsteuer im Ausmaß von 50 % auf 7 Jahre beschlossen. Der Beschluss ist nicht weiter konkretisiert, weshalb sich die Förderung unter Umständen und entsprechender Auslegung auf sämtliche Mitarbeiter, dh auch auf bereits beschäftigte Mitarbeiter, beziehen könnte. Anzumerken ist, dass die Firma [REDACTED] bereits in den Vorjahren diverse Wirtschaftsförderungen für neu geschaffene Arbeitsplätze erhalten hat.

Die Richtlinien zur Gewährung von Wirtschaftsförderungen sehen für neu geschaffene Dauerarbeitsplätze außerhalb des Stadtkernes die Förderung in Form eines Betriebskostenzuschusses wie folgt vor:

- im ersten Geschäftsjahr des Dienstverhältnisses 60 % der entrichteten Kommunalsteuer
- im zweiten Geschäftsjahr des Dienstverhältnisses 40 % der entrichteten Kommunalsteuer
- im dritten Geschäftsjahr des Dienstverhältnisses 20 % der entrichteten Kommunalsteuer

Bereits in vergangenen Jahren wurden größeren Firmen Wirtschaftsförderungen in Form von Rückerstattung der Kommunalsteuer im Ausmaß von 50 % für 7 Jahren gewährt. Als Beispiel hierzu sind insbesondere die Firma [REDACTED] (Auszahlung der 7. Rate im Jahr 2017) sowie die Firma [REDACTED] zu erwähnen (GR-Beschluss vom 6. April 2018).

Zuletzt wurde der Firma [REDACTED] eine Wirtschaftsförderung in Höhe von 60 % der entrichteten Kommunalsteuer im ersten Geschäftsjahr, 40 % im zweiten und 20 % im dritten Geschäftsjahr des Dienstverhältnisses gewährt. Diese Förderung bezog sich nur auf neu geschaffene Arbeitsplätze.

Um die Ansiedlung des neuen Standorts für die Firma [REDACTED] geschmackvoll zu gestalten, wurde, wie auch anderen größeren Firmen, eine Förderung in Form von Rückerstattung der Kommunalsteuer im Ausmaß von 50 % für 7 Jahren vorgeschlagen, wobei sich diese Förderung jedoch nur auf neu geschaffene Arbeitsplätze beziehen sollte. Um die Konkretisierung nun vorzunehmen, wird vorgeschlagen, den Beschluss vom 6. Dezember 2019 abzuändern.

**Auf Antrag von Bgm. Mag Maczek beschließt der Gemeinderat mit Stimmenmehrheit (14 Ja-Stimmen – Fliegenschnee, Franz, Kirnbauer, Lenz, Kayer, Maczek, Novosel, Posch, Rechberger, Rois, E. Schuh, W. Schuh, Supper, Unger, 6 Nein-Stimmen – De Lellis-Mejatsch, Gottweis, Hoffmann, Horvatits, Kayer, Laschober-Luif), den Gemeinderatsbeschluss vom 6. Dezember 2019 so abzuändern, dass der Fa. [REDACTED] eine Wirtschaftsförderung in Form von Rückerstattung der Kommunalsteuer im Ausmaß von 50 % für 7 Jahre gewährt wird, wobei sich diese Förderung aber nur auf neu geschaffene Dauerarbeitsplätze bezieht und erst fällig wird, nachdem der Standort eröffnet und die Dienstverhältnisse eingegangen wurden.**

## 17. Allfälliges

---

### a. Black out-Vortrag im Feuerwehrhaus

Vizebgm. Rechberger erklärt, dass er mit dem Abschnittskommandanten Abschnitt 1 der Stadtfeuerwehr vereinbart hat, am 19. März 2020 um 18.00 Uhr im neuen Feuerwehrhaus eine Informationsveranstaltung zum Thema Black out abzuhalten. Als Vortragenden konnte er [REDACTED] (zertifizierter Sicherheitsberater und Leiter des Projektes Kasernenautarkie im Burgenland) gewinnen. Eine Einladung zu dieser Veranstaltung ergeht an Gemeindevertreter und die Bevölkerung via „Stadtinfo“.

**b. SPÖ Stelzen- und Weinschnapsen beim [REDACTED]**

Vizebgm. Rechberger lädt alle Anwesenden am 28. Feber 2020 zum SPÖ Stelzen- und Weinschnapsen zum [REDACTED] ein.

**c. Gratulation zum Landtagspräsidenten-Stellvertreter**

Vizebgm. Stumpf gratuliert Bgm. Maczek zu seiner bevorstehenden Ernennung zum 3. Landtagspräsidenten.

**d. Musterstimmzettel für Landtagswahl**

Vizebgm. Stumpf weist darauf hin, dass er im Zuge der Vorbereitungen auf die Gemeinderatssitzung beim Kopierer der Stadtgemeinde auf einen Musterstimmzettel von der Landtagswahl gestoßen ist.

Aus Transparenzgründen ersucht er, dass die Druckaufträge vom Dezember und Jänner dementsprechend ausgewertet und den Fraktionen zugestellt werden, um eindeutig feststellen zu können, dass keine Stimmzettel für eine bestimmte Partei kopiert wurden.

**e. Edelkastanien beim Wasserbehälter Hundswart**

GR Fliegenschnee teilt mit, dass er glaubt, dass die beim Wasserbehälter Hundswart stehenden Edelkastanien im Eingehen sind. Er fragt an, ob diese nachgesetzt werden können.

Bgm. Maczek sagt zu und wird dies dem Bauhofleiter weiterleiten.

**f. Arbeitsgruppe Umwelt- und Klimaschutz**

GR<sup>in</sup> Kayer berichtet, dass sich die Arbeitsgruppe Umwelt und Klimaschutz seit Dezember schon drei Mal getroffen hat. Es wurde vereinbart, dass jeden Monat ein Überthema erarbeitet wird und ExpertInnen dazu eingeladen werden. Des Weiteren informiert sie, dass sie seit September Referentin auf der Hochschule ist und daher bis zum Sommer 2020 von Ersatzmitglied Michael Friedrich vertreten werden wird. Die Arbeitsgruppe wird weiterhin von ihr betreut.

**g. Engleiten, Maßnahmen gegen erhöhten Verkehrsaufkommen**

StR<sup>in</sup> Gottweis weist darauf hin, dass es 2016 erste Initiativen für Maßnahmen gegen ein erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der Straße zum Baumschnittplatz gegeben hat. Damals wurden auch Überlegungen wurden angestellt, den Baumschnittplatz zu verlegen. Es gab eine Projektierung zur Verbreiterung und Sicherung der Straße. Welche Maßnahmen werden noch gesetzt? Beschwerden von den Anrainern gibt es nach wie vor.

Bgm. Maczek antwortet, dass das Projekt Abfallsammelzentrum im Laufen ist, aber heute noch nicht gesagt werden kann, wann dieses in Pinkafeld umgesetzt wird.

#### **h. Wahlwerbung auf öffentlichen Einrichtungen**

GR<sup>in</sup> De Lellis-Mejatsch ist im Zuge der Landtagswahl aufgefallen, dass Transparente auch auf Zäunen, die im öffentlichen Eigentum stehen, angebracht waren. Sie glaubt, dass das so nicht beschlossen wurde.

Bgm. Maczek erklärt, dass vor Jahren vereinbart wurde, auf welchen Plätzen Wahlwerbung aufgestellt werden darf, aber sich leider niemand daran gehalten hat.

StR<sup>in</sup> Novosel ergänzt, dass es zwar einen Gemeinderatsbeschluss gibt, dieser aber lediglich eine interne Wirkung hat. Es gibt dafür eine klare Regelung im Bgld. Straßengesetz und im Bgld. Naturschutzgesetz. Diese Bestimmungen sehen vor, dass eine Sondernutzung von öffentlichen Straßen für politische Werbungen im Zeitraum von zehn Wochen vor und zwei Wochen nach einer Wahl erlaubt ist.

Vizebgm. Stumpf ersucht die FPÖ die in Pinkafeld noch immer stehende Wahlplakate bzw. -stände entfernen zu lassen.

#### **i. Fußgängerübergang in der Wiener Straße**

GR<sup>in</sup> De Lellis-Mejatsch verweist auf den vermehrten Wohnungsbau am ehemaligen Kasernengelände und damit verbunden den erhöhten Übergangsbedarf in der Wiener Straße.

Bgm. Maczek erklärt dazu, dass er diesbezüglich mit dem Landeshauptmann gesprochen hat und dieser ihm zugesagt hat, dort einen Zebrastreifen mit einer Blinkleinrichtung zu errichten. Ein Sachverständiger ist beauftragt, in den nächsten zwei Monaten zu prüfen, ob dies auch möglich ist.

Da keine weiteren Beratungspunkte vorhanden waren, wurde die Sitzung um 21.10 Uhr geschlossen.

v.g.g.

Die Schriftführerin:

Der Bürgermeister:

AR<sup>in</sup> Martina Stecher

Mag. Kurt Maczek

GR Mag. Eduard Posch

GR Wolfgang Schuh